



EUROPEAN LEADERSHIP NETWORK

# Europe's Strategic Choices: Die Rolle Europas im Nahen Osten

# Über ELNET

*ELNET ist eine gemeinnützige und unabhängige Organisation. Unser Ziel ist es, die europäisch-israelischen Beziehungen auf Grundlage gemeinsamer demokratischer Interessen und Werte überparteilich zu fördern. Die Außen- und Sicherheitspolitik ist dabei ein Schwerpunkt unserer Arbeit.*

Unsere Büros in Berlin, Brüssel, London, Paris, Tel Aviv und Warschau, sowie regelmäßigen Aktivitäten in weiteren Staaten, stärken den Dialog zwischen europäischen und israelischen Entscheidern in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Dazu unterstützen wir seit 2007 bestehende Netzwerke und bauen diese durch strategische Dialogveranstaltungen und Delegationsreisen aus.

Mit dem Strasbourg Forum gründete ELNET im Frühjahr 2021 eine deutsch-französische Initiative für den Nahen Osten im Kontext des EU Strategic Compass Prozesses. Die Ergebnisse sind für die Chatham House Konferenz Europe's Strategic Choices 2021 neu aufbereitet worden und in dieser Publikation zusammengefasst.

## Impressum

### Herausgeber

ELNET Deutschland e.V.  
Albrechtstraße 22 / 10117 Berlin  
+49 30 308 759 64  
[www.elnet-deutschland.de](http://www.elnet-deutschland.de)

### Vereinsvorsitzender

RA Hans Thomas Kessler

### Beiratsvorsitzende:

Brigitte Zypries,  
Bundesministerin a.D.

### Geschäftsführer

Carsten Ovens

© ELNET Deutschland, 2021.

Alle Inhalte (Texte, Bilder und Grafiken) sind urheberrechtlich geschützt. Das Urheberrecht liegt soweit nicht anders gekennzeichnet bei ELNET Deutschland. Die Weiterverwendung des Dokuments sowie Teilen dessen für Forschungs- und Bildungszwecke ist nur bei rechtmäßiger Kennzeichnung erlaubt.

# Inhaltsverzeichnis

Über ELNET	1
Inhalt	2
Einleitung	3
Handlungsempfehlungen für eine europäische Nahostpolitik	4

## **ABRAHAM-ABKOMMEN** 5

Europas Rolle als zögernder Zuschauer

## **IRAN** 9

Rückkehr zum JCPOA oder Neuanfang?

## **HISBOLLAH** 13

Sicherheit Israels und Europas in Gefahr

Quellenverzeichnis	16
--------------------	----



[elnet-deutschland.de](http://elnet-deutschland.de)



[@ElnetD](https://twitter.com/ElnetD)



[@ELNETDeutschland](https://www.facebook.com/ELNETDeutschland)

## Einleitung

Europa steht vor einer Reihe strategischer Entscheidungen. Die transatlantischen Beziehungen befinden sich weiterhin im Umbruch. Dabei setzen die Vereinigten Staaten ihren außenpolitischen Kurs fort, welcher von der Europäischen Union ein verstärktes eigenes Engagement erfordert, insbesondere in der unmittelbaren Nachbarschaft.

Im Nahen Osten kam es in den vergangenen Monaten zu einer Reihe von einschneidenden Veränderungen. Im positiven Sinne ist dabei sicherlich das Abraham-Abkommen zu nennen. Die daraus entstehende Normalisierung zwischen Israel und den Vereinigten Arabischen Emiraten, Bahrain, Marokko und dem Sudan schafft neue Chancen für eine strategische Wirtschafts- und Sicherheitsarchitektur in der Region.

Die Europäische Union ist bei diesen Entwicklungen Zaungast gewesen. Eine eigene Strategie ist bislang nicht erkennbar. Damit werden zentrale Chancen verpasst, berechnete europäische Interessen zu positionieren und die Entwicklungen im eigenen Sinne zu beeinflussen. Hoffnung auf Besserung gibt hier der Strategische Kompass, ein neues sicherheitspolitisches Dokument der Union, welches momentan erarbeitet wird. Entsprechende Impulse entwickelte das Strasbourg Forum im Frühjahr 2021

In diesem Kontext gilt es auch, eine gemeinsame europäische Position gegenüber dem Iran zu finden. Der Staat strebt eine militärische und politische Hegemonialstellung an, dessen Machtbereich mittelfristig das Potential hat, sich vom Hindukusch bis zum östlichen Mittelmeer und vom Golf von Aden bis zum Kaspischen Meer zu erstrecken.

Ein wesentlicher Faktor ist dabei das iranische Atom-

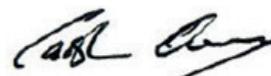


Programm. Der Joint Comprehensive Plan of Action (JCPOA), gedacht als Strategie der Einhegung und Einbindung Irans, gilt in weiten Teilen als gescheitert. Im Juni 2020 bestätigten die Vereinten Nationen, dass Teheran mittlerweile gegen sämtliche Auflagen des Abkommens verstoße. Zudem ruhen die Gespräche zur Wiederbelebung des Vertrags seit den jüngsten iranischen Präsidentschaftswahlen.

Gleichzeitig fühlen sich immer mehr Staaten in der Region sowohl vom iranischen Raketenprogramm als auch durch die Proxy-Strategie des Regimes bedroht. Eine herausgehobene Rolle kommt dabei der Hisbollah zu, die vom Iran unterstützt wird. Während die libanesische Terrororganisation die Stabilität im Nahen Osten und insbesondere die Sicherheit Israels bedroht, fungiert Europa immer noch als Rückzugsraum.

Aus guten Gründen hat die deutsche Bundesregierung im Frühjahr 2020 ein vollständiges Betätigungsverbot für die Organisation und ihre Unterstützer auf deutschem Boden erlassen. Weitere europäische Staaten haben sich angeschlossen. Die Europäische Union sollte dringend folgen.

Europe's Strategic Choices – Europa muss klare Positionen in der Außenpolitik definieren, insbesondere die unmittelbare Nachbarschaft betreffend. Dem neu gewählten Deutschen Bundestag und der zukünftigen Bundesregierung kommen dabei eine besondere Verantwortung zu. Diese Publikation soll Anregungen für notwendige Entscheidungen und Maßnahmen geben.



**Carsten Ovens**

*Executive Director, ELNET Deutschland e. V.*

## Handlungsempfehlungen des Strasbourg Forums für eine europäische Nahostpolitik\*

### ... im Kontext des Abraham-Abkommens

- ▶ Anerkennung der neuen Realitäten im Nahen Osten, die durch das Abraham-Abkommen entstanden sind sowie ein entsprechendes Umdenken bei neuen strategischen Vorstößen.
- ▶ Definition einer europäischen Antwort auf das Abraham-Abkommen und daraus folgende Maßnahmen zur Förderung weiterer Friedensabkommen.
- ▶ Europäische Unterstützung bei der Schaffung einer belastbaren Sicherheitsarchitektur für den Nahen Osten.
- ▶ Aktive europäische Unterstützung der tiefgehenden wirtschaftlichen Kooperation und Integration der Region.

### ... hinsichtlich regionaler und nuklearer Herausforderungen durch den Iran

- ▶ Differenzierte Auseinandersetzung mit der expansionistischen Politik des Iran sowie der davon ausgehenden Bedrohungen für die Region.
- ▶ Umfassende Eindämmung der militärischen Tätigkeiten iranischer Proxyorganisationen.
- ▶ Einbeziehung des iranischen Mittel- und Langstreckenraketenprogramms in die Verhandlungen mit dem Iran.
- ▶ Einbindung aller regionalen Akteure in die Nuklearverhandlungen, um eine belastbare und nachhaltige Sicherheitsarchitektur für den Nahen Osten zu erarbeiten.
- ▶ Vollständige Wiederaufnahme der Kontrollen der iranischen Nuklearanlagen durch die Internationale Atomenergie-Organisation.

### ... zum Umgang mit der Hisbollah

- ▶ Unterstützung eines Betätigungsverbots der Hisbollah in weiteren europäischen Ländern sowie auf EU-Ebene.
- ▶ Aufklärung über den Aufbau des Raketenarsenals der Hisbollah und die Verhinderung der Etablierung einer neuen Front im Libanon durch die libanesischen Miliz.
- ▶ Aufbau und Stärkung der UN-Friedensmission UNIFIL im südlichen Libanon.
- ▶ Unterstützung des Libanons bei der Stärkung seiner demokratischen Institutionen.

\* Das Strasbourg Forum ist eine deutsch-französische Initiative für den Nahen Osten, ausgerichtet von ELNET.<sup>1</sup>

# Das Abraham- Abkommen – Europas Rolle als zögernder Zuschauer

In der zweiten Jahreshälfte 2020 wurden vier bilaterale Vereinbarungen unterzeichnet, die als Abraham-Abkommen in die Geschichte eingehen. Sie tragen jeweils zu einer Normalisierung der Beziehungen zwischen Israel und den Vereinigten Arabischen Emiraten (VAE), Bahrain, Marokko sowie dem Sudan bei.

Ohne Zweifel ist dies nach Jahrzehnten des politischen Stillstandes eine bemerkenswerte Entwicklung zwischen Israel und der arabischen Welt. Das Abkommen bedeutet nicht weniger als eine Abkehr der Arabischen Liga von ihrer Doktrin, dass eine Anerkennung Israels nur nach einer Lösung des Israelisch-Palästinensischen Konflikts in Frage kommt.<sup>2</sup> Das Abkommen hat das Potenzial einen zentralen Beitrag für Frieden und Wohlstand im Nahen Osten zu leisten und Stabilität in die konfliktgeprägte Region zu bringen.

Dennoch waren insbesondere in Europa kritische Stimmen zu hören, die sich auf vermeintlich negative Auswirkungen konzentrierten, geringe Umsetzungschancen sahen oder das Abkommen lediglich als ein innenpolitisch motiviertes Instrument des amerikanischen Präsidenten Trump und des israelischen Premierministers Netanjahu abtaten.<sup>3</sup> Auch die neue Eskalation im palästinensisch-israelischen Konflikt im Mai 2021 wurde als Zeichen gesehen, dass das Abkommen entweder gescheitert sei oder von Anfang an bedeutungslos war.<sup>4</sup>

Das Abraham-Abkommen ist zunächst eine Absichtserklärung zwischen Israel, den Vereinigten Arabischen Emiraten und Bahrain, den Frieden im Nahen Osten und auf der ganzen Welt zu erhalten und zu fördern. Die angestrebte friedliche Koexistenz der

verschiedenen Religionen wird allein durch den Titel besonders unterstrichen, der auf Abraham, den Stammesvater der drei großen monotheistischen Weltreligionen Christentum, Judentum und Islam Bezug nimmt.<sup>5</sup> In den einzelnen bilateralen Verträgen zwischen Israel und Bahrain<sup>6</sup> sowie Israel und den Vereinigten Arabischen Emiraten<sup>7</sup> werden zudem die Aufnahme diplomatischer Beziehungen sowie detaillierte wirtschaftliche Kooperationsvereinbarungen getroffen. Während die Verträge mit Bahrain und den VAE bereits am 15. September 2020 unterzeichnet wurden, kam die Normalisierungsvereinbarung zwischen Israel und dem Sudan am 23. Oktober 2020 dazu.<sup>8</sup>

In diesem Vertrag wurde zusätzlich vermerkt, dass der Sudan von der amerikanischen Liste der staatlichen Sponsoren des Terrorismus gestrichen wird. Ein Schritt, den auch die Bundesregierung befürwortet.<sup>9</sup> Über die Unterzeichnung des Abkommens mit Marokko wurde die Öffentlichkeit am 10.12.2020 informiert. Im Kontext des Normalisierungsprozesses mit Israel erklärten sich die USA bereit, Marokkos Souveränität über die Westsahara anzuerkennen.<sup>10</sup>

Ein Jahr nach dem Abkommen sind bereits erste Erfolge zu verzeichnen. Besonders die wirtschaftlichen Beziehungen haben sich enorm verbessert. Allein das Handelsvolumen zwischen Israel und den VAE ist im ersten Halbjahr 2021 im Vergleich zum Vorjahreszeitraum von 50 Millionen auf mehr als 600 Millionen Dollar gestiegen.<sup>11</sup> Dazu kommen wechselseitige Investitionen. Auch im wissenschaftlichen und kulturellen Bereich können verstärkte Kooperationen beobachtet werden. Gleichzeitig werden auf politischer Ebene weitere Schritte der Annäherung unternommen.<sup>12</sup> In den Emiraten sowie im Königreich Bahrain öffneten im Sommer 2021 die ersten israelischen Botschaften. Beide Länder entsandten ihrerseits Botschafter nach Israel. Diese Entwicklungen wären vor nur kurzer Zeit noch undenkbar gewesen.

## Abkehr von der kategorischen Ablehnung

Die Tragweite dieser vier Normalisierungsabkommen erkennt man durch einen Blick auf die Ge-

schichte der Region: 1967 formulierte die Arabische Liga in der Khartum-Resolution die drei bekannten „Neins“ – Nein zum Frieden mit Israel, Nein zur Anerkennung Israels, Nein zu Verhandlungen mit Israel. Deren Abschwächung wurde zuletzt in der Arabischen Friedensinitiative von 2002 durch die Bindung an Konditionen beschlossen.

Deutliche Anzeichen der Annäherung zwischen den VAE, Bahrain und Israel erkannten Beobachter bereits bei der Vorstellung des von den USA entwickelten Nahost-Friedensplans „Peace to Prosperity“ im Januar 2020. Bei der Verkündung des „Deal of the Century“, wie er von US-Präsident Donald Trump genannt wurde, waren bereits die Botschafter der VAE und Bahrains anwesend. Der Friedensplan sah jedoch eine Annexion Ostjerusalems, des Jordantals sowie bestehender jüdischer Siedlungen im Westjordanland vor. Daraufhin folgte im Juni 2020 ein in der größten hebräischen Tageszeitung Israels „Jediot Ahronot“ veröffentlichter Artikel des emiratischen Botschafters in Washington. In diesem warnte Botschafter Yousef al Otaiba eindringlich vor einer Annexion von Teilen des Westjordanlandes, pries jedoch gleichzeitig die Vorteile einer Annäherung zwischen Israel und den VAE an.<sup>13</sup>

Die Tatsache, dass sich ein offizieller Vertreter eines

arabischen Staates öffentlich für eine enge Kooperation mit Israel aussprach, war bis zu diesem Zeitpunkt beispiellos. Nur wenige Wochen nach der Veröffentlichung des Artikels folgte die Unterzeichnung des Abraham-Abkommens.

### Jahrzehntelange diplomatische Arbeit

Die Glaubwürdigkeit des Abraham-Abkommens wurde in Europa offen infrage gestellt. Sei es, weil es unter US-Präsident Donald Trump erreicht wurde, oder weil es sich hierbei vermeintlich gar nicht um ein echtes Friedensabkommen handeln könne. Schließlich haben sich die VAE und Bahrain niemals im Krieg mit Israel befunden.<sup>14</sup> Kritiker sehen auch eine Mogelpackung hinter der Verkündung der VAE, dass man die Annexionsabsichten Netanjahus durch das Abraham-Abkommen erfolgreich gestoppt habe. Denn scheinbar hatte es von Seiten der USA zu keinem Zeitpunkt eine finale Zustimmung für einen solchen Schritt gegeben.<sup>15</sup>

Die formalisierte Normalisierung der Beziehungen zwischen Israel und den VAE geht tatsächlich auf jahrzehntelange diplomatische Bemühungen zurück. Der heutige Botschafter des Staates Israel in Deutschland, Jeremy Issacharoff, begann 1994 als israelischer Botschaftsmitarbeiter in Washington D.C.



eine erste vorsichtige diplomatische Annäherung an die Vereinigten Arabischen Emirate. Damals mühten sich die VAE, amerikanische Rüstungsgüter zu erstehen und wollten diesen Kauf von Israel absegnen lassen.<sup>16</sup> Ein regelmäßiger Austausch folgte seitdem.

Das Abkommen ist somit ein Erfolg jahrzehntelanger diplomatischer Bemühungen. Trump und Netanjahu ist es gelungen, zum richtigen Zeitpunkt engagiert zu bleiben und die Früchte der Arbeit ihrer Vorgänger zu ernten. Die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Kooperationsvereinbarungen über Wirtschaft, Tourismus sowie den Flugverkehr ist natürlich nicht aus altruistischen Gründen erfolgt, sondern aus Interessenspolitik.<sup>17</sup>

Die sunnitisch-arabischen Staaten und Israel verbindet außerdem ein gemeinsamer Gegner: der Iran. Seitdem der Iran in Folge des arabischen Frühlings und dem Abschluss des Wiener Atomabkommens (JCPoA) seine Vormachtstellung im Irak, Syrien, Libanon und Jemen ausbaute und sich die USA mehr und mehr aus der Region zurückziehen, bietet sich das militärisch und technologisch starke Israel zunehmend als Verbündeter an.<sup>18</sup> Die sicherheitspolitische Bedrohung der Region durch den Iran wird in Europa bis heute systematisch unterschätzt. Die verfehlte Iran-Politik Europas und der Obama-Regierung kann sogar als einer der Gründe für die Annäherung zwi-

schen Israel und seinen sunnitischen Nachbarstaaten gesehen werden.<sup>19</sup>

### Zurückhaltung in Europa

Die Annäherung arabischer Staaten und Israels sollte eigentlich im Interesse der Europäischen Union und ihrer Mitgliedstaaten liegen. Besonders Deutschland wird nicht müde zu betonen, dass die israelische Sicherheit Teil deutscher Staatsräson ist und sollte deshalb eine Normalisierung der Beziehungen unterstützen und fördern.

Europa nimmt jedoch bisher eine sehr zögerliche Rolle ein. Einer der Hauptgründe hierfür ist der israelisch-palästinensische Konflikt. Die Sorge ist groß, dass das Abraham-Abkommen den Trend weg von der Zwei-Staaten-Lösung befeuert und Israel nun noch weniger Veranlassung sehe, in direkte Verhandlungen mit den Palästinensern zu treten.

Es wird außerdem gerne übersehen, dass auf palästinensischer Seite seit Jahren ein legitimer Verhandlungsführer fehlt. Präsident Mahmut Abbas wurde zwar 2006 gewählt, regiert aber seit 2009 nur noch per Dekret. Angesetzte Wahlen wurden seitdem immer wieder verschoben. Auch die für 2021 angekündigten palästinensischen Parlamentswahlen haben erneut nicht stattgefunden. Weiter zu warten, bis es auf palästinensischer Seite einen legitimen Verhand-

## INFO

### ISRAELISCH-PALÄSTINENSISCHER KONFLIKT

Nach wochenlangen Spannungen in Jerusalem eskalierte die Situation am Abend des 10. Mai 2021. Die Hamas und der Islamische Dschihad feuerten insgesamt über 4.000 Raketen aus dem Gazastreifen auf Israel ab.<sup>23</sup> Erst nach nahezu zwei Wochen andauernder Kämpfe konnte eine Waffenruhe erzielt werden.

Die neuste Eskalation kann in Teilen auch als Resultat der Normalisierung der Beziehungen zu den arabischen Staaten gesehen werden. Die Ausschreitungen können als Versuch gewertet werden den israelisch-palästinensischen Konflikt wieder in Mittel-

punkt des regionalen Machtkampfs zu stellen und einen Keil zwischen Israel und seine neuen Partner zu drängen.<sup>24</sup>

Doch auch wenn Kritik seitens der VAE, Bahrain, Marokko sowie dem Sudan zu den israelischen Gegenmaßnahmen laut wurde, ist keines der Länder bereit die Kooperation mit Israel abubrechen.<sup>25</sup> Beobachter bewerten die geäußerten Statements zudem lediglich als PR-Instrumente, die darauf abzielten, die eigene Bevölkerung, die der palästinensischen Nationalbewegung oft zugewandt ist, zu besänftigen.<sup>26</sup>

Tatsächlich zeigt der Konflikt jedoch auch die Schwachstellen der Normalisierungsvereinbarungen auf, aber auch deren Wert. Das Abkommen ist zuallererst kein israelisch-palästinensischer Friedensvertrag. Es hat jedoch Potential, langfristig die Voraussetzungen zu schaffen, die Erarbeitung eines solchen Friedens zu fördern.<sup>27</sup>

Der Druck auf die palästinensischen Behörden, an den Verhandlungstisch mit Israel zurückzukehren, wächst. Außerdem können Israels neue arabische Partner ihren Einfluss nutzen, um die palästinensische Regierung dazu zu bewegen, eine friedliche Konfliktlösung mit Israel zu suchen. Erste Schritte in diese Richtung zeigten sich bereits während der neusten Eskalation des Konflikts, als die VAE ihre finanzielle Unterstützung für den Gazastreifen davon abhängig machten, dass die Hamas weitere Ausschreitungen vermeide.<sup>28</sup>

lungsführer gibt, ist angesichts der mageren Aussichten auf Veränderung keine wirkliche Option. Die auf Israel gerichteten Raketenangriffe im Mai 2021 zeigten außerdem mehr als deutlich, dass die im Gaza-Streifen regierende Hamas kein Interesse an einer friedlichen Lösung mit Israel hat und weiterhin nicht gewillt ist, die Existenz eines jüdischen Staates anzuerkennen.

Vor diesem Hintergrund muss deshalb die Frage gestellt werden, inwiefern die seit der Madrider Konferenz (1991) aktiv verfolgte Zwei-Staaten-Lösung überhaupt noch in die Zeit passt. Um eine nachhaltige Rolle in der Nahostpolitik spielen zu können, muss sich Europa der Situation vor Ort stellen und aktiv mitgestalten, was in Israel und dem Westjordanland zusätzlich zur Zwei-Staaten-Lösung schon lange diskutiert wird: alternative Lösungsansätze.<sup>20</sup> Nur so kann die EU und die internationale Staatengemeinschaft gegenüber den lokalen Akteuren ihre Ernsthaftigkeit in der Sache signalisieren.

### Verantwortung und Chance zugleich

Das Abraham-Abkommen hat das Potential, die Herausforderungen der Region neu zu ordnen. Zumindest politisch hat er aus Sicht einer zunehmenden Zahl arabischer Staaten offenbar bereits nicht mehr oberste Priorität. Langfristig könnte die Normalisierung der Verhältnisse zu den arabischen Staaten genutzt werden, um die israelisch-palästinensischen Friedensverhandlung wieder ins Rollen zu bringen (siehe Kasten).

Die Friedensabkommen zwischen Israel und vier

arabischen Staaten verändert außerdem das Mächteverhältnis im Nahen Osten bedeutend. Den regionalen Hegemoniebestrebungen des Irans steht nun eine neue geformte Interessenallianz entgegen, die den Handlungsspielraum der iranischen Regierung signifikant einschränkt. Das Abraham-Abkommen bietet deshalb auch für Europa die Chance, der wachsenden sicherheitspolitischen Bedrohung durch den Iran entschiedener zu begegnen und die Sicherheit und Stabilität im Nahen Osten sicherzustellen.

Europa scheint jedoch bislang in einer Position des Zweifels zu verharren und verpasst womöglich das Momentum, welches das Abraham-Abkommen mit sich bringt, sowie die Chance, politischer Verantwortung nachzukommen und eigene Interessen im Nahen Osten zu verfolgen. Angesichts der Tatsache, dass die neue US-Regierung unter Präsident Joe Biden sich außenpolitisch zunehmend anderen Regionen zuwendet<sup>21</sup> sowie des sich seit Jahren zuspitzenden Kalten Krieges zwischen dem Iran und Saudi-Arabien ist dies zusätzlich brisant.<sup>22</sup>

Eine gemeinsame europäische Außen- und Sicherheitspolitik sollte daher die durch das Abraham-Abkommen in die Wege geleiteten geopolitischen Veränderungen im Nahen Osten reflektieren und deren positiven Effekte zu verstärken suchen. Insbesondere Deutschland und Frankreich sollten sich auf ihre diplomatische Stärke und ihren guten internationalen Ruf besinnen und den begonnenen Normalisierungsprozess aktiv mitgestalten: Weg vom Zuschauer – hin zum politisch gestaltenden Akteur.

## Handlungsempfehlungen

- ▶ Anerkennung der neuen Realitäten im Nahen Osten, die durch das Abraham-Abkommen entstanden sind sowie ein entsprechendes Umdenken bei neuen strategischen Vorstößen.
- ▶ Definition einer europäischen Antwort auf das Abraham-Abkommen und daraus folgende Maßnahmen zur Förderung weiterer Friedensabkommen.
- ▶ Europäische Unterstützung bei der Schaffung einer belastbaren Sicherheitsarchitektur für den Nahen Osten.
- ▶ Aktive europäische Unterstützung der tiefergehenden wirtschaftlichen Kooperation und Integration der Region.

Quelle: Strasbourg Forum <sup>1</sup>

## Herausforderung Iran – Rückkehr zum JCPOA oder Neuanfang?

Der Joint Comprehensive Plan of Action (JCPOA), bestätigt mit der Resolution 2231 des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen von 2015, sollte ein Garant für Sicherheit und Stabilität im Nahen Osten werden.<sup>29</sup> Ausgehandelt wurde das Abkommen zuvor zwischen dem Iran und den ständigen Mitgliedern des UN-Sicherheitsrats, China, Frankreich, Russland, dem Vereinigten Königreich und den Vereinigten Staaten, sowie Deutschland und der Europäischen Union. Der Iran-Deal erfuhr je nach Sichtweise eine unterschiedliche Bewertung. Die letzte US-Administration<sup>30</sup> sowie weite Teile der israelischen Politik<sup>31</sup> betrachteten den JCPOA als mangelhaft und ungeeignet, Irans Ambitionen hinsichtlich einer regionalen Vorherrschaft inkl. der Vernichtung Israels<sup>32</sup> nachhaltig zu verhindern. Die europäischen Partner des Abkommens hielten dagegen, dass ein einziges Abkommen die vollständige Einhegung Irans gar nicht leisten könne. Der JCPOA eigne sich jedoch, um das primäre Ziel der Verhinderung einer nuklearen Bewaffnung des Irans zu erreichen.<sup>33</sup> Es wurde die Hoffnung geäußert, mit dem Abkommen würde das Verhältnis zum Iran generell verbessert.<sup>34</sup>

Inzwischen gilt das Abkommen in weiten Teilen als gescheitert. Bereits im Juni 2020 bestätigten die Vereinten Nationen, dass Teheran mittlerweile gegen sämtliche Auflagen des Abkommens verstoße.<sup>35</sup> Das Scheitern des Abkommens kann einerseits kaum als Beleg für die ausschließlich negative Bewertung des JCPOAs herangezogen werden. Der frühzeitige Ausstieg der USA aus dem Abkommen im Mai 2018 ließ diesem kaum eine Chance, die von den Europäern erhoffte Wirkung zu entfalten. Auf der anderen Seite widerlegt das bereits vor dem Ausstieg der USA expansive Verhalten Irans in der Region die europäische Sicht auf die Vereinbarung als einen vertrauensbildenden Schritt. Das massive iranische Engage-

ment in Syrien, Libanon, Jemen usw. wurde unter anderem durch die mit Hilfe des JCPOA gewonnenen (darunter auch finanziellen) Handlungsspielräume ermöglicht. Der Iran verfolgte seine zuvor genannten Ambitionen sogar noch intensiver. In diesem Sinne konterkarierte das Abkommen selbst in dem kurzen Zeitraum seiner vollen Gültigkeit die Friedens- und Eindämmungsbemühungen zumindest westlicher Staaten. Im Endeffekt ergibt sich das Dilemma, dass ohne ein Abkommen kaum Vertrauen entstehen, ein eingeschränktes Abkommen aber ebenso zum Vertrauensverlust führen kann.

Nach der Wahl Joe Bidens zum Präsidenten erklärte sich die neue US-Administration zwar bereit, den Dialog mit der Regierung in Teheran über die mögliche Wiederbelebung des Abkommens zu suchen. Nachdem die Gespräche im April 2021 in Wien jedoch wiederaufgenommen wurden, gerieten sie nach der Wahl des Hardliners Ebrahim Raisi zum iranischen Präsidenten im Juni 2021 erneut ins Stocken. Seither ist ungewiss, ob die Verhandlungen fortgeführt werden. Zudem herrschen große Zweifel darüber, inwieweit die iranische Regierung tatsächlich bereit ist Kompromisse einzugehen.

Es ist außerdem fraglich, wie realistisch eine Revitalisierung des JCPOA ohne weitreichende Zugeständnisse des Westens, die die Stabilität des Nahen Ostens auf ihre eigene Art und Weise bedrohen, ist. Die nachfolgend aufgeführten Fortschritte des Irans bei der Urananreicherung werden sich kaum rückgängig machen lassen. Darüber hinaus muss davon ausgegangen werden, dass sich die iranische Regierung sämtliche Zugeständnisse sehr teuer bezahlen ließe. Dies wiederum könnte Konsequenzen auf Nebenschauplätzen der Auseinandersetzung mit dem Iran zufolge haben, die weder Israel noch die mit dem Iran rivalisierenden arabischen Staaten akzeptieren werden.

### Zentrale Herausforderungen

#### Nukleare Bewaffnung

Das primäre Ziel des JCPOA war die Verhinderung einer nuklearen Bewaffnung des Irans. Die massive Anhäufung von angereichertem Material,<sup>36</sup> der Beschluss des iranischen Parlaments zur Anreicherung

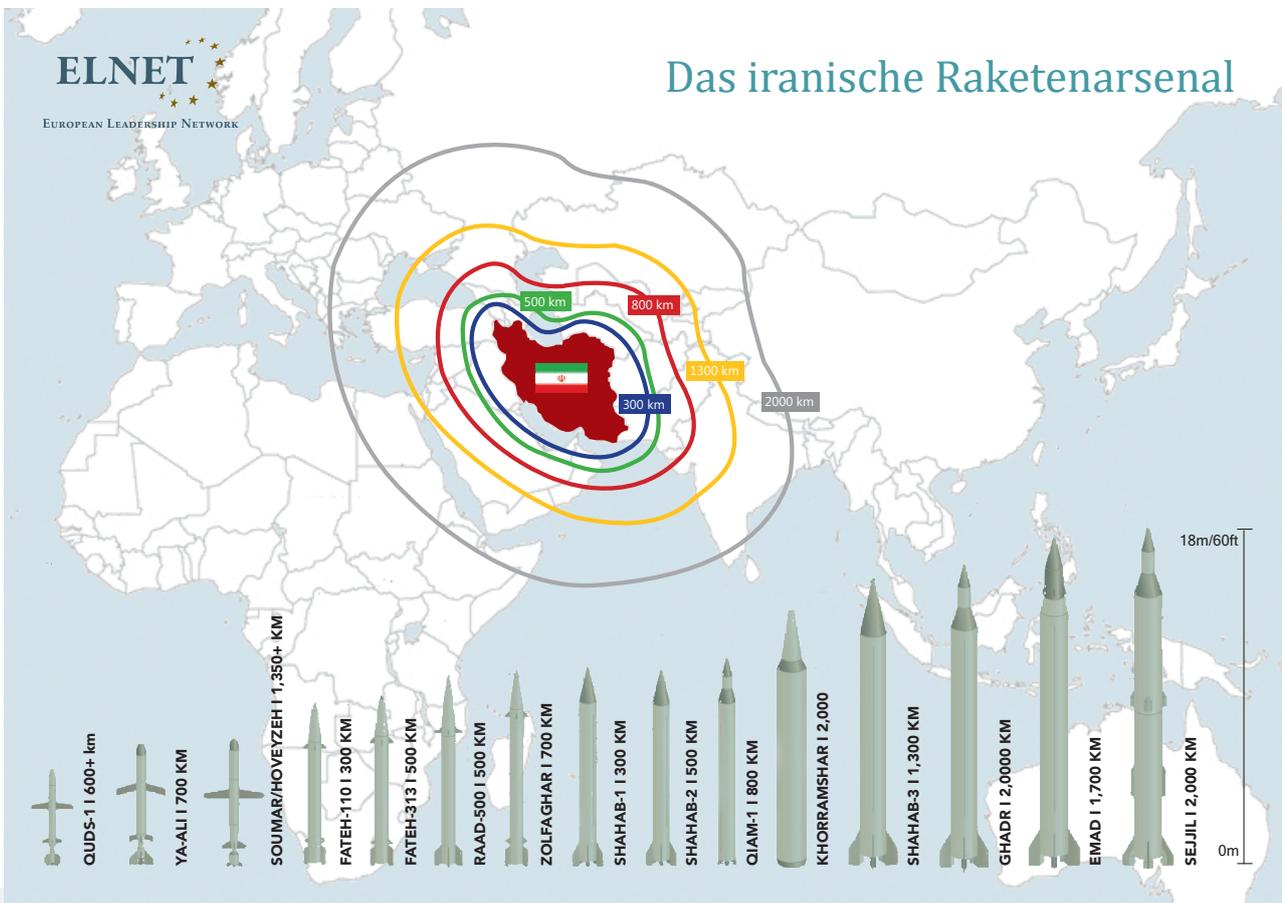
von Uran auf 20<sup>37</sup> Prozent aus dem Dezember 2020 sowie die jüngste Entscheidung im April 2021 zu einer weitergehenden Anreicherung auf 60 Prozent<sup>38</sup> lassen kaum Zweifel daran, dass der Iran weiterhin den Aufbau nuklearer militärischer Kapazitäten anstrebt. Entgegen jüngsten Zusagen blockiert die iranische Regierung außerdem weiterhin die vollständige Überwachung seines Atomprogramms durch die Internationale Atomenergieagentur (IAEA).<sup>39</sup>

Die Folgen einer nuklearen Bewaffnung des theokratischen Regimes in Teheran wären verheerend. Damit wären nicht nur sämtliche Nachbar- und Anrainerstaaten des Irans einer permanenten lebensbedrohenden Gefahr ausgesetzt. Eine nukleare Bewaffnung dieser Staaten ließe sich als Reaktion kaum mehr abwenden. Damit wäre eine Aufrüstungsspirale in Gang gesetzt, die angesichts der Fülle an Konflikten in der Region einen nuklearen Schlagabtausch als möglich erscheinen lässt. Europa wäre von dieser Entwicklung sowohl direkt als auch indirekt betroffen.

Vor allem israelische Stimmen weisen darauf hin, dass es keinen Verlass auf die Abschreckungslogik des Kalten Krieges im Falle des fundamentalistischen iranischen Regimes geben kann. Die bereits im ersten Irakkrieg unter Beweis gestellte Opferbereitschaft des Irans lässt diese Einwände plausibel erscheinen.<sup>40</sup>

**Raketenprogramm**

Die präzisen Raketenschläge auf US-amerikanische Militäreinrichtungen im Irak als Vergeltung für die Tötung von General Qasem Soleimani zu Beginn des Jahres 2020 können auch als Beweis für die fortgeschrittene Entwicklung des iranischen Raketenprogramms gelten. Das Land verfügt mittlerweile über das größte Arsenal an Kurz- und Mittelstreckenraketen im gesamten Nahen Osten. Diesen Kapazitäten wird aufgrund der im Krieg gegen Irak gesammelten Erfahrungen eine besonders hohe Bedeutung beigemessen. Auch die Entwicklung moderner Marschflugkörper und Interkontinentalraketen ist offenbar weit vorangeschritten.<sup>41</sup> Das Land verfügt bereits



jetzt über Modelle, die problemlos Israel, aber auch Südosteuropa, erreichen können. Die weitere Entwicklung von ballistischen Trägersystemen, die mit Hilfe russischer, chinesischer und nordkoreanischer Erfahrung und Technik durchgeführt wird, ist ebenfalls besorgniserregend.<sup>42</sup>

### Regionale Destabilisierung und Terrorunterstützung

Die regionalen Aktivitäten des iranischen Regimes sind unter anderem darauf ausgerichtet den Druck auf arabische Staaten der Region sowie auf Israel zu erhöhen. In diesem Rahmen werden Terrororganisationen wie Hamas in Gaza sowie die Hisbollah im Libanon finanziell, logistisch und teilweise militärisch unterstützt.<sup>43</sup> Darüber hinaus unterstützt der Iran weitere Milizen im Irak<sup>44</sup> und steht unter dem starken Verdacht, die Huthi-Rebellen im Jemen zu fördern.<sup>45</sup> Letzteres ermöglichte den Huthi-Rebellen effiziente Attacken auf Ölförderanlagen in Saudi-Arabien.<sup>46</sup> Zusammen mit anderen Faktoren, wie dem aggressiven Vorgehen gegen internationale Handelsschiffe im Persischen Golf<sup>47</sup> sowie der Einmischung in die inneren Angelegenheiten der direkten Nachbarstaaten des Iran,<sup>48</sup> festigt sich durch die iranische Proxy-Strategie das Bild einer akuten Bedrohung für die Region und darüber hinaus.

Die Vermittlung von militärischen Fähigkeiten und Kapazitäten an Terrororganisationen in Gaza und im Libanon führen ebenfalls zu einer direkten militärischen Bedrohung Israels. Der massive Ausbau des Raketenarsenals der Hisbollah im Südlibanon<sup>49</sup> und die iranische Unterstützung bei dessen Modernisierung<sup>50</sup> befördern die Kriegsgefahr immens. Der Ausbau der iranischen Militärpräsenz in Syrien

sowie die Stärkung der eigenen Rolle im Zuge des Stabilisierungsprozesses im bürgerkriegsgebeutelten Land stellen ebenfalls ein Sicherheitsproblem für Israel dar.<sup>51</sup> Bislang konnte Israel die Etablierung einer kritischen militärischen Kapazität des Iran in Syrien verhindern. In diesem Kontext wurde von Israel mehrfach kommuniziert, dass eine iranische Militärpräsenz an der israelischen Grenze unter keinen Umständen toleriert werden wird.

### Fazit

Ein umfassendes Abkommen zur Lösung aller aufgezeigten Probleme scheint ob der komplexen geostrategischen Lage sowie der Vielzahl von beteiligten Akteuren derzeit kaum realisierbar. Es wird vielmehr eine ganzheitliche Strategie gegenüber dem Iran benötigt, um wirksam gegen die drohende atomare Aufrüstung, das Raketenprogramm sowie die Proxy-Strategie des Iran vorzugehen. Nur so kann die Stabilität der Region gesichert beziehungsweise ausgebaut werden – eine notwendige Grundlage für Frieden und wirtschaftlichen Wohlstand. Diese muss neben diplomatischen Mitteln auch wirtschaftliche und militärische Sanktionsmechanismen beinhalten, die klar gegenüber dem Iran kommuniziert werden. Darüber hinaus darf keinerlei Zweifel an der Entschlossenheit westlicher Verhandlungspartner bestehen, diese Mechanismen tatsächlich anzuwenden.

Europa und die USA sollten hier eng miteinander kooperieren und gemeinsam die Ausgestaltung einer umfassenden Iran-Strategie vorantreiben. Diese Gelegenheit bietet auch die Chance, die transatlantischen Beziehungen wieder zu verbessern und Geschlossenheit des Westens gegenüber seinen au-

## Handlungsempfehlungen

- ▶ Differenzierte Auseinandersetzung mit der expansionistischen Politik des Iran sowie der davon ausgehenden Bedrohungen für die Region.
- ▶ Umfassende Eindämmung der militärischen Tätigkeiten iranischer Proxyorganisationen.
- ▶ Einbeziehung des iranischen Mittel- und Langstreckenraketenprogramms in die Verhandlungen mit dem Iran.
- ▶ Einbindung aller regionalen Akteure in die Nuklearverhandlungen, um eine belastbare und nachhaltige Sicherheitsarchitektur für den Nahen Osten zu erarbeiten.
- ▶ Vollständige Wiederaufnahme der Kontrollen der iranischen Nuklearanlagen durch die Internationale Atomenergie-Organisation.

Quelle: Strasbourg Forum <sup>1</sup>

toritären Rivalen zu demonstrieren. Die US-Administration unter Joe Biden setzt bislang zwar darauf, das JCPOA wiederzubeleben.

Es besteht jedoch die Frage, wie dies gelingen kann, ohne die sicherheitspolitischen Probleme des Nahen Ostens lediglich zu verlagern und kurzfristig aufzuschieben. Es ist deshalb notwendig, dass sich Europa und die USA ernsthaft mit der Möglichkeit auseinandersetzen, dass die Wiederbelebung des Abkommens misslingt und eine alternative Strategie entwickeln, um die Herausforderung Iran wirksam zu adressieren.

Bei der Ausarbeitung dieser gemeinsamen Strategie muss ein Fehler des vorerst gescheiterten JCPOA von Anfang an vermieden werden. Israel sowie die arabischen Staaten in der Region müssen von Beginn an aktiv eingebunden werden. Ein neuer diplomatischer Versuch zum Umgang mit dem Iran darf nicht der Versuchung unterliegen, erneut über die Köpfe der regionalen Akteure hinweg zu entscheiden.

Dazu bedarf es eines steten und ehrlichen Austauschs mit den betroffenen Staaten. Es bedarf

auch einer Offenheit gegenüber den Sorgen dieser Staaten. Iranische Drohgebärden und Vernichtungsphantasien müssen in diesem Zusammenhang ernst genommen und dürfen nicht als innenpolitisch motivierte Rhetorik abgetan werden. Insbesondere Deutschland sollte vor dem Hintergrund der eigenen Geschichte einsehen, dass diese Argumentation einem jüdischen Staat nicht zu vermitteln ist. Daher muss das Abrücken des Iran von seinem Ziel der Vernichtung Israels immanenter Bestandteil jeglicher Strategie und daraus folgender Vereinbarungen sein.

Abschließend sei angemerkt, dass jede Strategie gegenüber dem Iran auch akzeptable Optionen für die aktuelle iranische Führung enthalten muss. Dem Iran muss glaubhaft vermittelt werden, dass eine Eindämmung seiner Aktivitäten im Bereich der genannten Herausforderungen auf eine Deeskalation in der Region abzielt und nicht auf Kosten seiner Sicherheit geschehen soll. Bei der Aufgabe seiner expansiven, aggressiven Außenpolitik sollten belastbare Sicherheitsgarantien an den Iran abgegeben werden. Nur so kann eine nachhaltige Lösung des Konfliktes erreicht werden.

## AKTUELLES

Am 06. April 2021 begannen in Wien die Gespräche mit dem Iran zur Wiederbelebung des Atomabkommens von 2015. An den Gesprächen waren Delegationen aus China, Deutschland, Frankreich, Großbritannien, dem Iran, Russland und den USA beteiligt. Die Verhandlungen fanden jedoch erneut unter Ausschluss von Anrainerstaaten statt, welche direkt vom Abkommen betroffenen und unmittelbar vom Iran unmittelbar bedrohten werden. Seit der iranischen Präsidentschaftswahl im Juni 2021 sind die Gespräche erneut ausgesetzt.

Bundesaußenminister Heiko Maas hatte im Vorfeld der Neuverhandlungen gefordert, das JCPOA durch Regelungen zur Beschränkung des iranischen ballistischen Raketenarsenals zu erweitern. Ein so gestaltetes „JCPOA+“ hätte Befürchtungen der arabischen Staaten und Israels bezüglich irani-

scher Hegemonialbestrebungen teilweise ausräumen können. Noch im Dezember 2020 sagte Maas: „Eine Rückkehr zum bisherigen Abkommen wird nicht ausreichen.“<sup>52</sup>

Seit dem Treffen des US-Außenministers Anthony Blinken mit den E-3 Staaten Deutschland, Frankreich und Großbritannien in Paris am 18. Februar 2021 hat die deutsche Bundesregierung diesen Standpunkt jedoch nicht wieder formuliert. Dieses Zugeständnis stellt bereits einen erheblichen Erfolg für die iranische Seite dar, sodass die Stabilität des Nahen Ostens nicht nachhaltig sichergestellt werden kann.<sup>53</sup>

Bis jetzt setzen die Bundesregierung und die US-amerikanische Regierung weiterhin auf eine Wiederherstellung des Abkommens. Auch der Iran zeigt sich gewillt, die Verhandlungen fortzusetzen, ohne jedoch

bislang an den Verhandlungstisch zurückzukehren. Gleichzeitig fordert das iranische Regime von den USA die Freigabe von eingefrorenen Mitteln in Milliardenhöhe und droht im Falle eines Scheiterns des Abkommens mit entsprechenden Maßnahmen.<sup>54</sup>

In Folge der wachsenden Bedrohung durch den Iran und den schwinden Chancen einer Revitalisierung des Abkommens diskutieren die USA nun offen mit der israelischen Regierung über einen möglichen Plan B.<sup>55</sup>

Israel macht dabei deutlich, dass es vor einer militärischen Lösung nicht zurückschreckt. In den Gesprächen mit den USA betonte der israelische Außenminister Jair Lapid, es gebe Momente, „in denen Nationen Gewalt anwenden müssen, um die Welt vor Bösem zu schützen.“<sup>56</sup>

## Hisbollah – Sicherheit Israels und Europas in Gefahr

Innerhalb der Bedrohungskonstellationen des Nahen Ostens nimmt die libanesische Terrormiliz Hisbollah eine besondere Stellung ein. Hisbollahs anti-semitische und antiisraelische Grundhaltung sowie ihr erklärtes Ziel, Israel zu zerstören, sind hinlänglich dokumentiert.<sup>57</sup> Die EU hat den militärischen Arm der Hisbollah als Terrororganisation eingestuft.<sup>58</sup>

Nach jahrelanger Unterscheidung zwischen einem militärischen und einem politischen Arm hat Deutschland diese im April 2020 aufgegeben und der Hisbollah jegliche Betätigung auf deutschem Boden verboten.<sup>59</sup> Mehrere europäische Staaten sind seitdem dem deutschen Beispiel gefolgt oder haben erklärt, dies zu beabsichtigen. Die Beendigung dieser künstlichen Unterscheidung, die von der Hisbollah selbst negiert wird, steht auf der EU-Ebene noch aus.

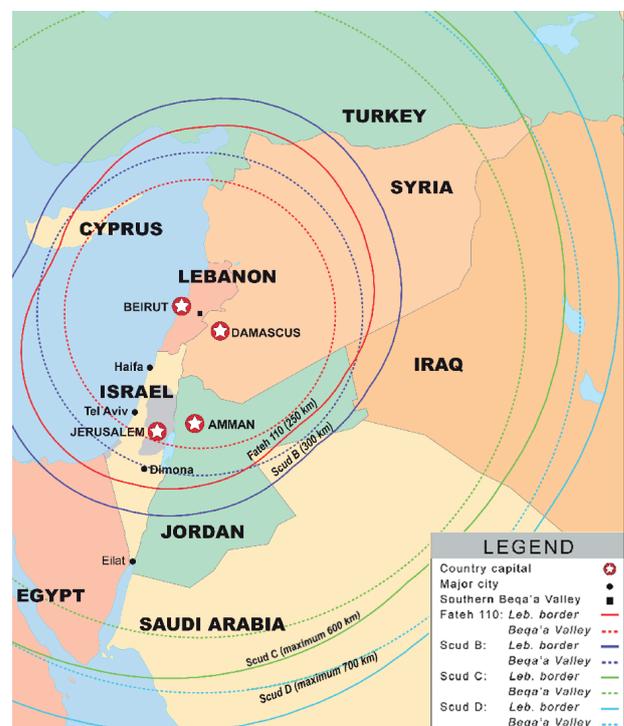
Ungeachtet des erhöhten Drucks durch einige EU-Staaten hat die Hisbollah heute mehr politische und militärische Macht denn je und stellt eine akute Gefahr nicht nur für die Sicherheit Israels und Europas dar, sondern auch die Stabilität im Libanon. Dies ist vor allem auf die finanzielle Unterstützung in Höhe von ca. \$700 Millionen im Jahr<sup>60</sup> sowie die Vermittlung moderner militärischer Fähigkeiten durch den Iran zurückzuführen.

Insbesondere die wachsenden militärischen Kapazitäten der Hisbollah bereiten der israelischen Seite Sorge.<sup>61/62</sup> Seit 2006 hat die Hisbollah ein Arsenal an ca. 130.000 Raketen und Lenkflugkörpern aufgebaut,<sup>63</sup> die in zivilen Gebieten stationiert werden.<sup>64</sup> Ende 2018 entdeckte und zerstörte die Israeli Defense Force (IDF) Tunnelsysteme der Hisbollah, die

vom Libanon in israelisches Staatsgebiet hineingebaut wurden, um in den Norden Israels zu gelangen.<sup>65</sup> Im syrischen Golan haben Irans Quds-Brigaden und die Hisbollah eine weitere Front gegen Israel eröffnet.<sup>66</sup>

Auch in puncto politische Macht hat die Hisbollah selbst nach der verheerenden Explosion im Hafen von Beirut, die über 200 Menschen das Leben kostete und für welche die Hisbollah als Kontrolleur des Beiruter Hafens die Verantwortung trägt,<sup>67</sup> nichts eingebüßt. Die Hisbollah hält zusammen mit ihren Koalitionspartnern eine Mehrheit im libanesischen Parlament,<sup>68</sup> ist mit Präsident Michael Aoun verbündet und hält ein effektives Veto über jegliche politische Maßnahmen im Libanon.<sup>69</sup> Zuletzt scheiterte der französische Präsident Macron am Widerstand der Hisbollah mit seinem Versuch, den Libanon aus der politischen und wirtschaftlichen Krise zu führen.<sup>70</sup>

Karte der potentiellen Reichweite der Raketen<sup>71</sup>



## Israels Strategie gegen die Hisbollah

Der Aufbau einer iranischen Front gegen Israel im Golan und die Nachrüstung von Hisbollahs Raketenarsenal<sup>72</sup> ist für Israel mit Blick auf die eigene Sicherheit inakzeptabel. Zur Prävention setzt Israel bislang auf sporadische Luftangriffe gegen iranische Waffenlieferungen und Stellungen, militärische Abschreckung und die klare Kommunikation ihrer oben dargestellten roten Linien.<sup>73</sup> Dennoch kann dieses Engagement Hisbollahs rechtswidrige Aufrüstung (s. UN-Resolutionen 1701<sup>74</sup> und 1559<sup>75</sup>) langfristig nicht aufhalten. Damit steigt das Risiko einer militärischen Eskalation stetig.<sup>76</sup>

In Anbetracht der gezielten Stationierung von Raketen in zivilen Gebieten und Gebäuden durch die Hisbollah muss davon ausgegangen werden, dass im Kriegsfall die Opferzahlen und Schäden an der Infrastruktur, insbesondere im Libanon aber auch in Israel, vorherige Konfrontationen zwischen Israel und Hisbollah weit übersteigen werden. Dies ist unter anderem darauf zurückzuführen, dass die IDF aufgrund der immensen Bedrohungslage im Eskalationsfall auf intensive und schnelle Angriffe gegen Hisbollah-Stellungen setzen müsste, um Israels Zivilbevölkerung und kritische Infrastruktur zu schützen.<sup>77 / 78</sup>

## Gefährdung europäischer Sicherheitsinteressen durch die Hisbollah

Hisbollahs militärische Aufrüstung und ihre aggressive Haltung gegenüber Israel gefährden auch Europas Sicherheit und regionale Interessen. Der Zusammenbruch des Libanon infolge einer militärischen Auseinandersetzung zwischen der Hisbollah und Israel könnte zu einer humanitären Krise und neuen Fluchtbewegungen führen, die durch die in Libanon befindlichen syrischen Flüchtlinge weiter verstärkt werden würde. Dies würde eine zusätzliche Gefahr für Europas politische Stabilität darstellen.

Auch auf der israelischen Seite könnte es im Zuge eines Konflikts zu vielen hundert israelischen To-

desopfern und Angriffen auf Israels kritische Infrastruktur wie den Ben-Gurion-Flughafen<sup>79</sup> oder das Atomkraftwerk Dimona kommen.<sup>80</sup> In diesem Fall wäre eine Nichteinmischung europäischer Mächte wie Deutschland schwer zu rechtfertigen: Eine direkte Konfliktbeteiligung wäre damit nicht völlig ausgeschlossen. Europa muss auch damit rechnen, dass im Konfliktfall die jeweiligen Schutzmächte Iran und USA eingreifen würden und eine politische und wirtschaftliche Destabilisierung des Nahen Ostens sowie spürbare Schwankungen am Energiemarkt die Folge sein könnten.

Neben der militärischen Gefahr sind zwei weitere Aspekte besonders hervorzuheben. Zum einen stellt Hisbollahs andauernde Aufrüstung ein Verstoß gegen internationales Recht (UN-Resolutionen 1701<sup>81</sup> und 1559<sup>82</sup>) dar und untergräbt massiv die Legitimität internationaler Normen sowie des Völkerrechts. Zum anderen bedient sich die Hisbollah zur Finanzierung von globalem Terrorismus der Geldwäsche und des Drogenhandels.<sup>83</sup>

Die gewaschene Summe aus dem Drogenhandel lag bereits 2015 bei mehr als einer Million Euro in der Woche.<sup>84</sup> Mit 1.050 aktiven Mitgliedern bzw. Unterstützern allein in Deutschland<sup>85</sup> gefährdet die Hisbollah die Stabilität westlicher Gesellschaften sowie deren Rechtssicherheit immens. Es ist zu befürchten, dass das Betätigungsverbot in Deutschland die Terrororganisation lediglich dazu zwingt, ihren Rückzugsraum in Europa in einen EU-Staat zu verlagern, der diesen Schritt noch nicht gegangen ist. Nationale Vorstöße ohne ein EU-weites Verbot erschweren die kriminellen Machenschaften von Hisbollah zwar erheblich, können diese aber nicht nachhaltig verhindern.

Weder eine Eskalation noch ein Erstarren der Hisbollah-Iran-Achse sind im europäischen Interesse. Daher sollte Europa Israels militärische Überlegenheit in der Region fördern, Hisbollahs Entwaffnung einfordern und Libanons staatlichen Strukturen stärken. Im Konfliktfall hat Europa ein Interesse daran, diesen möglichst kurz und zu Gunsten Israels

ausfallen zu lassen, um so Hisbollahs Machtmonopol im Libanon zu brechen und Irans regionale Ambitionen einzudämmen.

### Fazit

Um eine Eskalation in der Region zu vermeiden, sollte der Druck auf die Hisbollah und die damit einhergehende Abschreckung massiv erhöht werden. Im Zuge dessen sollte die EU Israel öffentlich ihre Unterstützung im Falle einer Konfrontation mit der Hisbollah zusichern. Dafür sollten sich führende europäische Nationen wie Deutschland und Frankreich klar hinter Israels rote Linien stellen und den Iran sowie die Hisbollah vor der weiteren Aufrüstung ihres Raketenarsenals im Libanon und der Etablierung einer Front im syrischen Golan eindringlich warnen.

Israels Recht auf Selbstverteidigung, die in Anbetracht der außerordentlichen Gefahrenlage auch präventiv erfolgen könnte, sollte dabei insbesondere auch unter Nutzung der deutschen und französischen diplomatischen Kanäle gegenüber der Hisbollah und dem Iran frühzeitig unterstrichen werden. Nur mit einer klaren und breiten Unterstützung kann Israel den so gebotenen diplomatischen und militärischen Freiraum nutzen, um einen potentiellen militärischen Konflikt möglichst schnell zu beenden beziehungsweise gar nicht erst eskalieren zu lassen.

Darüber hinaus könnte ein „Policy Review“-Prozess der UN-Mission United Nations Interim Force in Lebanon (UNIFIL) sowie der UN-Resolutionen 1701 und 1559 und deren Stärkung die Gefahr einer militärischen Auseinandersetzung merklich minimieren. Die andauernden Schikanen der UNIFIL-Einsatzkräfte durch die Hisbollah und deren aktive Behinderung in der Ausführung ihres Mandats durch den libanesischen Staat müssen dringend beendet werden.<sup>86</sup> Die UNIFIL sollte mit einem robusten Mandat ausgestattet werden, um intensivere Inspektionen auch in zivilen Gebieten durchführen und die dortige Lagerung von Waffen verhindern zu können.<sup>87</sup>

Schließlich muss die EU alles daransetzen, die politische und wirtschaftliche Krise im Libanon zu beenden und die demokratischen Institutionen im Land wieder zu stärken. Dafür muss der Handlungsspielraum der Hisbollah im Libanon deutlich eingeschränkt werden. Die Einstufung dieser als Terrororganisation durch weitere europäische Nationen sowie die EU ist dabei ein zwingend notwendiger Schritt. Insbesondere sollten die Gründe für eine Einstufung der Hisbollah als Terrororganisation auch im Libanon selbst vermittelt werden. Dazu gehört auch, die Ermordung von prominenten Hisbollah-Kritikern<sup>88</sup> offen anzuprangern und wirksam zu ahnden.

## Handlungsempfehlungen

- ▶ Unterstützung eines Betätigungsverbots der Hisbollah in weiteren europäischen Ländern sowie auf EU-Ebene.
- ▶ Aufklärung über den Aufbau des Raketenarsenals der Hisbollah und die Verhinderung der Etablierung einer neuen Front im Libanon durch die libanesischen Miliz.
- ▶ Aufbau und Stärkung der UN-Friedensmission UNIFIL im südlichen Libanon.
- ▶ Unterstützung des Libanons bei der Stärkung seiner demokratischen Institutionen.

Quelle: Strasbourg Forum <sup>1</sup>

# Quellenverzeichnis

- 1 **ELNET:** „Strasbourg Forum - eine deutsch-französische Initiative für den Nahen Osten“, 30.07.21 in <https://elnet-deutschland.de/themen/politik/strasbourg-forum/>.
- 2 **Lau, Jörg:** „Hart in einer harten Welt“, 28.10.2020 in [https://www.zeit.de/2020/45/aussenpolitik-donald-trump-usa-naher-osten-china?utm\\_referrer=https%3A%2F%2Fwww.google.com](https://www.zeit.de/2020/45/aussenpolitik-donald-trump-usa-naher-osten-china?utm_referrer=https%3A%2F%2Fwww.google.com).
- 3 **Asseburg, Muriel/ Lintl, Peter/ Steinberg, Guido:** „Annäherung Israel – Vereinigte Arabische Emirate: Palästinenser in der Abseitsfalle?“, 11.11.2020 in <https://www.swp-berlin.org/publikation/annaeherung-israel-vereinigte-arabische-emirate-palaestiner-in-der-abseitsfalle/>.
- 4 **Hermann, Rainer:** „Wo Frieden nicht möglich ist“, 18.05.2021 in <https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/gewalt-in-nahost-wo-frieden-nicht-moeglich-ist-17347217.html>.
- 5 **State Department of the United States:** „Abraham Accords: Declaration of Peace, Cooperation, and constructive diplomatic and friendly relations“, 15.09.2020 in [https://www.state.gov/wp-content/uploads/2020/09/Bahrain\\_Israel-Agreement-signed-FINAL-15-Sept-2020-508.pdf](https://www.state.gov/wp-content/uploads/2020/09/Bahrain_Israel-Agreement-signed-FINAL-15-Sept-2020-508.pdf).
- 6 **State Department of the United States:** „Abraham Accords: Declaration of Peace, Cooperation, and constructive diplomatic and friendly relations“, 15.09.2020 in [https://www.state.gov/wp-content/uploads/2020/09/Bahrain\\_Israel-Agreement-signed-FINAL-15-Sept-2020-508.pdf](https://www.state.gov/wp-content/uploads/2020/09/Bahrain_Israel-Agreement-signed-FINAL-15-Sept-2020-508.pdf).
- 7 **State Department of the United States:** „Joint Statement of the United States, the Republic of Iran and the State of Israel“, 23.10.2020 in <https://www.whitehouse.gov/briefings-statements/joint-statement-united-states-republic-sudan-state-israel/>.
- 8 **Federal Foreign Office of Germany:** „Federal Foreign Office on the US announcement to remove Sudan from the State Sponsors of Terrorism list“, 20.10.2020 in <https://www.auswaertiges-amt.de/en/newsroom/news/usa-remove-sudan-state-sponsors-of-terrorism-list/2408512>.
- 9 **State Department of the United States:** „President Donald J. Trump Has Brokered Peace Between Israel and the Kingdom of Morocco“, 11.12.2020 in <https://trumpwhitehouse.archives.gov/briefings-statements/president-donald-j-trump-brokered-peace-israel-kingdom-morocco/>.
- 10 **Meier, Christian:** „Die historische Dimension einer pragmatischen Kooperation“, 14.08.2020 in [https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/israel-und-die-vae-eine-pragmatische-kooperation-16905722.html?printPagedArticle=true#pageIndex\\_2](https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/israel-und-die-vae-eine-pragmatische-kooperation-16905722.html?printPagedArticle=true#pageIndex_2).
- 11 **Süddeutsche Zeitung:** „Stillstand, Bewegung, Stillstand“, 14.09.21 in <https://www.sueddeutsche.de/meinung/abraham-abkommen-israel-bahrein-emirate-sudan-marokko-1.5410447>.
- 12 **Jüdische Allgemeine:** „Ein Jahr ‚warmer Frieden‘“, 30.09.21 in <https://www.juedische-allgemeine.de/israel/ein-jahr-warmer-frieden/>.
- 13 **Guzansky, Yoel / Marshal, Zachary A.:** „The Abraham Accords: Immediate Significance and Long-Term Implications“ in *Israel Journal of Foreign Affairs*, 2020, <https://doi.org/10.1080/23739770.2020.1831861>.
- 14 **Asseburg, Muriel / Lintl, Peter / Steinberg, Guido:** „Annäherung Israel – Vereinigte Arabische Emirate: Palästinenser in der Abseitsfalle?“, 10.10.2020 in <https://www.swp-berlin.org/publikation/annaeherung-israel-vereinigte-arabische-emirate-palaestiner-in-der-abseitsfalle/>.
- 15 **Müller, Kerstin:** „Europa muss sich den neuen Realitäten im Nahen Osten stellen“, 16.09.2020 in <https://libmod.de/kerstin-mueller-europa-muss-sich-den-neuen-realitaeten-im-nahen-osten-stellen/>.
- 16 **Schult, Christoph:** „We don’t talk enough – Israelis, Arabs, Palestinians“, 28.08.2020 in <https://www.spiegel.de/ausland/israeli-ambassador-on-how-he-helped-reach-deal-with-united-arab-emirates-a-69a76628-36c9-4bc3-9831-49048dc3491d>.
- 17 **Von Schwerin, Ulrich:** „Emirate hoffen wegen Abkommen mit Israel auf amerikanischen Kampffjets“, 20.08.2020 in <https://www.nzz.ch/international/emirate-hoffen-nach-abkommen-mit-israel-auf-us-kampffjets-ld.1572314>.
- 18 **Steinberg, Guido:** „Der neue Nahe Osten: Israel und die VAE besiegeln den Schulterschluss gegen Iran“, 15.09.2020 in <https://www.swp-berlin.org/publikation/der-neue-nahe-osten-israel-und-die-vae-besiegeln-den-schulterschluss-gegen-iran/>.
- 19 **Leemhuis, Remko:** „Warum schweigt Europa, wenn Israel Frieden mit seinen Nachbarn schließt?“, 1.11.2020 in <https://internationalepolitik.de/de/warum-schweigt-europa-wenn-israel-frieden-mit-seinen-nachbarn-schliesst>.
- 20 **Müller, Kerstin:** „Das Ende der Zwei-Staaten-Lösung“, 1.5.2020 in <https://internationalepolitik.de/de/das-ende-der-zwei-staaten-loesung-0>.
- 21 **Steinberg, Guido:** „Der Konflikt zwischen den USA und China wird das große Thema“, 22.05.21 in <https://www.cicero.de/aussenpolitik/corona-geopolitik-pandemie-usa-china-naher-osten/plus>.
- 22 **Murciano, Gil:** „The Abraham Accords: An invitation to rethink the Arab-Israeli Conflict“, 8.10.2020 in <https://www.swp-berlin.org/en/publication/the-abraham-accords-an-invitation-to-rethink-the-arab-israeli-conflict/>.
- 23 **Brandes, Sabine:** „Waffenstillstand nach 4000 Raketen“, 21.05.2020 in <https://www.juedische-allgemeine.de/allgemein/waffenstillstand-nach-4000-raketen/>.
- 24 **Shenoy, Vas:** „Violence between neighbours and the Abraham accords“, 16.05.2021 in <https://blogs.timesofisrael.com/violence-between-neighbours-and-the-abraham-accords/>.
- 25 **Berman, Lazar:** „With Jerusalem focus, Hamas touches nerve even friendly Arab states can’t ignore“, 11.05.2021 in <https://www.timesofisrael.com/with-jerusalem-focus-hamas-touches-nerve-even-friendly-arab-states-cant-ignore/>.
- 26 **The Times of Israel:** „Israel’s escalation with Gaza puts new Gulf partners in diplomatic bind“, 15.05.2021 in <https://www.timesofisrael.com/israels-gaza-escalation-puts-new-gulf-partners-in-diplomatic-bind/>.
- 27 **Chorin, Ethan:** „What Israeli-Palestinian Conflict Does - And Doesn’t - Mean For The Abraham Accords“, 16.05.2021 in <https://www.forbes.com/sites/ethanchorin/2021/05/16/what-israeli-palestinian-conflict-doesand-doesnt-mean-for-the-abraham-accords/?sh=63aa823c46bf>.

## >> Quellenverzeichnis / Bibliographie

- 28 **The Times of Israel:** „UAE said to warn Hamas planned Gaza infrastructure projects are in danger“, 15.05.2021 in <https://www.timesofisrael.com/uae-said-to-warn-hamas-planned-gaza-infrastructure-projects-are-in-danger/>.
- 29 **Auswärtiges Amt:** „Die Wiener Nuklearvereinbarung über das iranische Atomprogramm“, 14.10.2020 in <https://www.auswaertiges-amt.de/de/aussenpolitik/laender/iran-node/wiener-nuklearvereinbarung-atom-programm-iran/202458>.
- 30 **Amerika Dienst:** „Ausstieg der Vereinigten Staaten aus dem Atomabkommen mit dem Iran“, 08.05.2018 in <https://de.usembassy.gov/de/jcpoa/>.
- 31 **Heller, Jeffrey:** „Netanyahu urges no return to Iran nuclear deal“, 22.10.2020 in <https://www.reuters.com/article/us-iran-nuclear-israel-usa/netanyahu-urges-no-return-to-iran-nuclear-deal-idUSKBN2820P0>.
- 32 **Stern, Maram:** „Nie wieder!“, 27.01.2020 in <https://www.juedische-allgemeine.de/politik/nie-wieder-3/>.
- 33 **Zamirad, Azadeh:** „Die Atomvereinbarung mit Iran. Gegenstand, Genese, Gefahren“, 15.05.2020 in <https://www.bpb.de/apuz/309940/die-atom-vereinbarung-mit-iran>.
- 34 **Lohmann, Sascha/ Meier, Oliver/ Zamirad, Azadeh:** „Irans Atomabkommen: Washington und Brüssel auf Kollisionskurs“, 09.05.2019 in [https://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/aktuell/2017A5\\_3\\_lom\\_mro\\_zmd.pdf](https://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/aktuell/2017A5_3_lom_mro_zmd.pdf).
- 35 **AP News:** „UN agency: Iran violating all restrictions of nuclear deal“, 05.06.21 in <https://apnews.com/8a87a9dff7fae6b54461d5541e78bd0>.
- 36 **IAEA International Atomic Energy Agency:** „Verification and monitoring in the Islamic Republic of Iran in light of United Nations Security Council resolution 2231 (2015)“, 14.08.2015 in <https://www.iaea.org/sites/default/files/20/11/gov2020-51.pdf>.
- 37 **Brüggmann, Matthias/ Fischer, Eva/ Siebenhaar, Hans-Peter:** „Iran erhöht seine Urananreicherung – und lässt so den Atomstreit eskalieren“, 04.01.2021 in <https://www.handelsblatt.com/politik/international/gefahrdetes-abkommen-iran-erhoeht-seine-urananreicherung-und-laesst-so-den-atomstreit-eskalieren/26767342.html?ticket=ST-11529901-bDK62Qob0eDvOik00Lnw-ap6>.
- 38 **Tagesschau:** „Iran beginnt mit höherer Urananreicherung“, 04.01.2021 <https://www.tagesschau.de/ausland/iran-anreicherung-uran-fordo-101.html>.
- 39 **Neue Züricher Zeitung:** „Atomstreit: Iran droht mit Massnahmen bei Scheitern der Atomverhandlungen“, 06.10.21 in <https://www.nzz.ch/international/atomstreit-im-ueberblick-iran-macht-fortschritte-bei-atomtechnik-id.1384375>.
- 40 **Oltmer, Thorsten:** „Plastikschlüssel zum Paradies“, 29.03.2010 in <https://www.spiegel.de/spiegel/spiegelgeschichte/d-69790589.html>.
- 41 **Defense Intelligence Agency of the United States of America:** „Iran Military Power – Ensuring Regime Survival and Securing Regional Dominance“, 01.08.2019 in [https://www.dia.mil/Portals/27/Documents/News/Military%20Power%20Publications/Iran\\_Military\\_Power\\_LR.pdf](https://www.dia.mil/Portals/27/Documents/News/Military%20Power%20Publications/Iran_Military_Power_LR.pdf), 17.01.2020.
- 42 **The Missile Threat:** „Missiles of Iran“, 14.06.2018 in <https://missilethreat.csis.org/country/iran/>.
- 43 **Jones, Seth G.:** „War by Proxy: Irans Growing Footprint in the Middle East“, 11.03.2019 in <https://www.csis.org/war-by-proxy>.
- 44 **Mansour, Renad/ Jabar, Fahel A.:** „The Popular Mobilization Forces and Iraq’s Future“, 01.04.2017 in <https://carnegie-mec.org/2017/04/28/popular-mobilization-forces-and-iraq-s-future-pub-68810>.
- 45 **Allinson, Tom:** „Jemenitische Miliz: Wer sind die Huthis?“, 02.10.2019 in <https://www.dw.com/de/jemenitische-miliz-wer-sind-die-huthis/a-50677090>.
- 46 **Aljazeera:** „Oil attacks ‘unquestionably sponsored by Iran’: Saudi Arabia“, 19.09.2019 in <https://www.aljazeera.com/news/2019/9/19/oil-attacks-unquestionably-sponsored-by-iran-saudi-arabia>.
- 47 **Handelsblatt:** „Iran setzt Tanker fest: Südkorea schickt Marineeinheit“, 04.01.2021 in <https://www.handelsblatt.com/politik/international/eskalation-im-persischen-golf-iran-setzt-tankerfest-suedkorea-schickt-marineeinheit/26767042.html?ticket=ST-11405393-eDCuzl4RuEM7vnzP6Zzy-ap6>.
- 48 **Knipp, Kersten:** „Irak der Zorn auf den Iran“, 14.11.2019 in <https://www.dw.com/de/irak-der-zorn-auf-den-iran/a-51456955>.
- 49 **The Missile Threat:** „Missiles and Rockets of Hezbollah“, 27.09.2019 in <https://missilethreat.csis.org/country/hezbollah-rocket-arsenal/>.
- 50 **Murciano, Gil:** „Israel vis-à-vis Iran in Syrien: Die Gefahren einer aktiven Eindämmung“, 01.01.2021 in <https://www.swp-berlin.org/fileadmin/>.
- 51 **Saban, Navvar:** „Factbox: Iranian Presence in Syria’s Deir ez-Zor province“, 17.03.2019 in <https://www.atlanticcouncil.org/blogs/menasource/factbox-iranian-presence-in-syrias-deir-ez-zor-province/>.
- 52 **Die Welt:** „Heiko Maas will ‚Nuklearabkommen Plus‘ mit dem Iran“, 04.12.2020 in <https://www.welt.de/politik/ausland/article221773832/Iran-HeikoMaas-will-Neuaushandlung-von-Atomabkommen-Plus.html>.
- 53 **Frankfurter Allgemeine Zeitung:** „Atomabkommen mit Iran: Wer macht den ersten Schritt?“, 19.02.2021 in <https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/atomabkommen-mit-iran-wer-macht-den-ersten-schritt-17207090.html?service=printPreview>.
- 54 **Neue Züricher Zeitung:** „Atomstreit: Iran droht mit Massnahmen bei Scheitern der Atomverhandlungen“, 06.10.21 in <https://www.nzz.ch/international/atomstreit-im-ueberblick-iran-macht-fortschritte-bei-atomtechnik-id.1384375>.
- 55 **The Guardian:** „US and Israel exploring ‘plan B’ for if Iran does not resume nuclear talks“, 13.10.21 in <https://www.theguardian.com/world/2021/oct/13/us-and-israel-exploring-plan-b-for-if-iran-does-not-resume-nuclear-talks>.
- 56 **Die Welt:** „Israel droht Iran im Atomstreit mit Konsequenzen“, 13.10.21 in <https://www.welt.de/politik/ausland/article234402050/Israel-droht-Iran-im-Atomstreit-mit-Konsequenzen.html>.
- 57 **Verfassungsschutz:** „Antisemitismus im Islamismus“, Juni 2019, in <https://www.verfassungsschutz.de/download/broschuere-2019-06-antisemitismus-im-islamismus.pdf>.

- 58 **Putz, Ulrike:** „Hezbollah Unlikely to Feel Sanctions“, 22.07.2013 in <https://www.spiegel.de/international/world/eu-terrorist-group-designation-to-have-little-impact-on-hezbollah-a-912448.html>.
- 59 **Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat:** „Bekanntmachung eines Vereinsverbots gegen die Vereinigung Hizb Allah“, 26.03.2020 in [https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/veroeffentlichungen/nachrichten/2020/verbotsverfuegung-hizb-allah.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=2](https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/veroeffentlichungen/nachrichten/2020/verbotsverfuegung-hizb-allah.pdf?__blob=publicationFile&v=2).
- 60 **Mandelker, Sigal:** „Speech before the Foundation for the Defense of Democracies“, 05.06.2018 in <https://home.treasury.gov/news/press-releases/sm0406>.
- 61 **Kurtzer, Daniel C.:** „Israel and Hezbollah: Deterrence and the Threat of Miscalculation“, 11.09.2017 in <https://www.cfr.org/report/israel-and-hezbollah-deterrence-and-threat-miscalculation>.
- 62 **Harel, Amos/ Cohen, Gili:** „Hezbollah: From terror group to army“, 12.07.2016 in <https://www.haaretz.com/st/c/prod/eng/2016/07/lebanon2/>.
- 63 **Katzman, Kenneth:** „Iran’s Foreign and Defense Policies“, 11.01.2021 in <https://fas.org/sgp/crs/mideast/R44017.pdf>.
- 64 **High Level Military Group:** „Hizballah’s Terror Army: How to Prevent a Third Lebanon War“, 2017 in <http://www.high-level-military-group.org/pdf/hlmg-hizballahs-terror-army.pdf>.
- 65 **Gross, Judah Ari:** „IDF destroys Hezbollah ‘flagship’ attack tunnel after studying it“, 30.05.2019 in <https://www.timesofisrael.com/idf-destroys-hezbollah-flagship-attack-tunnel-after-studying-it/>.
- 66 **Katz, Brian:** „Will Hezbollah’s Rise Be Its Downfall?“, 08.03.2019 in <https://www.foreignaffairs.com/articles/israel/2019-03-08/will-hezbollahs-rise-be-its-downfall>.
- 67 **Sales, Nathan A.:** „Remarks at AJC Hizballah/Europe Event“, 17.09.2020 in <https://2017-2021.state.gov/remarks-at-ajc-hizballah-europe-event/index.html>.
- 68 **Rasmussen, Sune Engel / Osseiran, Nazih:** „Hezbollah, Allies Gain Seats in Lebanon Parliament Vote“ 08.05.2018 in <https://www.wsj.com/articles/hezbollah-allies-gain-seats-in-lebanon-parliament-vote-unofficial-results-show-1525727354>.
- 69 **Feltman, Jeffrey:** „Hezbollah: Revolutionary Iran’s most successful export“, 17.01.2019 in <https://www.brookings.edu/opinions/hezbollah-revolutionary-irans-most-successful-export/>.
- 70 **Reuter, Christoph:** „Krise im Libanon: Im freien Fall“, 28.09.2020 in <https://www.spiegel.de/politik/ausland/libanon-emmanuel-macron-ist-wuetend-auf-die-eliten-in-beirut-a-8f853332-9011-4047-bbe2-0bfc37529726>.
- 71 **AEI’s Critical Threats Project:** „Map of potential Hezbollah missile ranges“, 11.05.2010 in <https://www.criticalthreats.org/analysis/hezbollah-potential-missile-ranges-map>.
- 72 **Murciano, Gil:** „Israel vis-à-vis Iran in Syrien: Die Gefahren einer aktiven Eindämmung“, 03.01.2018 in <https://www.swp-berlin.org/publikation/israel-und-irans-wachsender-einfluss-in-syrien/>.
- 73 **Lappin, Yaakov:** „Israel’s Red Lines in Lebanon and Syria“, 03.02.2019 in <https://besacenter.org/perspectives-papers/israel-red-lines-lebanon-syria/>.
- 74 **UN Security Council:** „Resolution 1701“, 11.08.2006 in [https://undocs.org/S/RES/1701\(2006\)](https://undocs.org/S/RES/1701(2006)).
- 75 **UN Security Council:** „Resolution 1559“, 02.09.2004 in [https://undocs.org/S/RES/1559\(2004\)](https://undocs.org/S/RES/1559(2004)).
- 76 **Exum, Andrew:** „The Hubris of Hezbollah“, 18.09.2017 in <https://www.theatlantic.com/international/archive/2017/09/hezbollah-israel-lebanon-isis-syria-iran/540105/>.
- 77 **High Level Military Group:** „Hizballah’s Terror Army: How to Prevent a Third Lebanon War“, 2017 in <http://www.high-level-military-group.org/pdf/hlmg-hizballahs-terror-army.pdf>.
- 78 **Exum, Andrew:** „The Hubris of Hezbollah“, 18.09.2017 in <https://www.theatlantic.com/international/archive/2017/09/hezbollah-israel-lebanon-isis-syria-iran/540105/>.
- 79 **High Level Military Group:** „Hizballah’s Terror Army: How to Prevent a Third Lebanon War“, 2017 in <http://www.high-level-military-group.org/pdf/hlmg-hizballahs-terror-army.pdf>.
- 80 **Lieber, Dov / Fulbright, Alexander:** „Hezbollah chief threatens Israel’s Dimona nuclear reactor“, 16.02.2017 in <https://www.timesofisrael.com/hezbollah-chief-threatens-israels-dimona-nuclear-reactor/>.
- 81 **UN Security Council:** „Resolution 1701“ in [https://undocs.org/S/RES/1701\(2006\)](https://undocs.org/S/RES/1701(2006)), 26.02.2021.
- 82 **UN Security Council:** „Resolution 1559“, 02.09.2004 in [https://undocs.org/S/RES/1559\(2004\)](https://undocs.org/S/RES/1559(2004)).
- 83 **The Counter Extremism Project:** „Hezbollah“ in <https://www.counterextremism.com/threat/hezbollah>.
- 84 **European Monitoring Centre for Drugs and Drug Addiction and Europol:** „EU Drug Markets Report 2019“, 2019 in [https://www.emcdda.europa.eu/system/files/publications/12078/20192630\\_TD0319332ENN\\_PDF.pdf](https://www.emcdda.europa.eu/system/files/publications/12078/20192630_TD0319332ENN_PDF.pdf).
- 85 **Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat:** „Verfassungsschutzbericht 2019“, 09.07.2020 in <https://www.verfassungsschutz.de/de/oeffentlichkeitsarbeit/publikationen/verfassungsschutzberichte/vsb-bericht-2019>.
- 86 **UN Secretary-General:** „Tip of the Iceberg: Report on Resolution 1701“, 05.01.2020 in <https://www.inss.org.il/publication/tip-of-the-iceberg-report-of-the-un-secretary-general-on-resolution-1701-november-2019/>.
- 87 **High Level Military Group:** „Hizballah’s Terror Army: How to Prevent a Third Lebanon War“, 2017 in <http://www.high-level-military-group.org/pdf/hlmg-hizballahs-terror-army.pdf>.
- 88 **Bopp, Lena / Ehrhardt, Christoph:** „Im Herzen des Reichs der Hizbullah“, 04.02.2021 in <https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/mord-an-lokman-slim-im-libanon-im-reich-der-hizbullah-17181657.html>.

## **ELNET Deutschland e.V.**

Albrechtstraße 22  
10117 Berlin

Tel: +49 (0) 30 3087 5964

E-mail: [deutschland@elnetwork.eu](mailto:deutschland@elnetwork.eu)

[elnet-deutschland.de](http://elnet-deutschland.de) 

[@ElnetD](https://twitter.com/ElnetD) 

[@ELNETDeutschland](https://www.facebook.com/ELNETDeutschland) 